

Die im vergangenen November angesagten Schliessungen der Adtranz Werke in Pratteln und Oerlikon haben aufgeschreckt. Sie haben vielen deutlich gemacht, welche Konsequenzen die neoliberale Welle in einer globalisierten Wirtschaft mit sich bringt. Regierende gingen Mitte November mit Gewerkschaften auf die Strasse. Gemäss dem St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich wird es noch schlimmer kommen. Doch er sieht auch schon die Trendwende voraus und meint:

„Wir stehen vor einer epochalen Aufgabe“

von Fritz Imhof

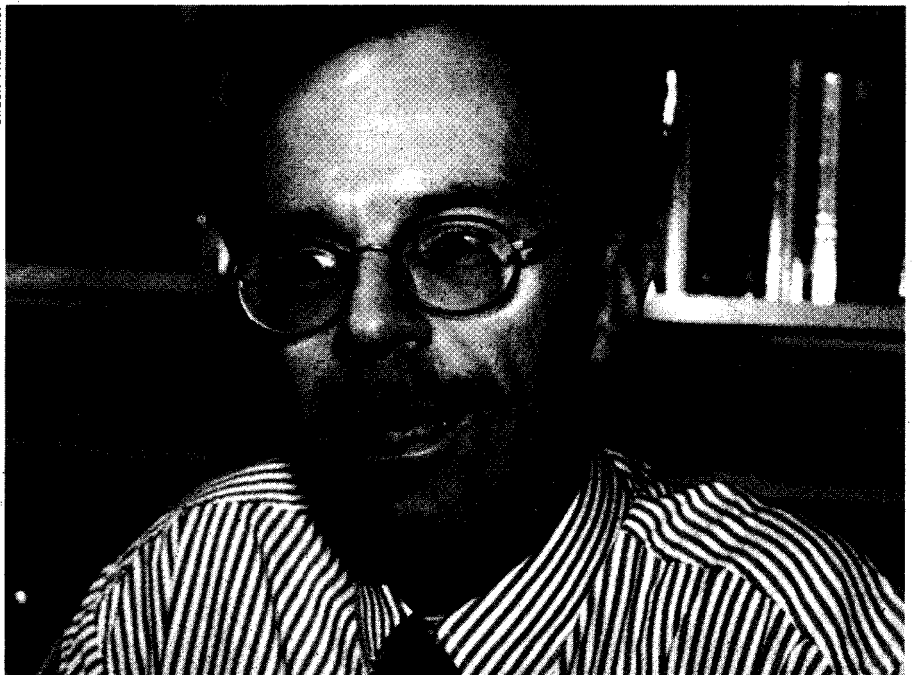
Bausteine: Herr Professor Peter Ulrich, wie beurteilen Sie aus ethischer Sicht den heutigen Arbeitsmarkt, auf dem zum Beispiel immer mehr Arbeitsverträge nur befristet abgeschlossen werden?

Professor Peter Ulrich: Durch die Entmachtung der Politik im Standortwettbewerb haben sich die Machtverhältnisse dramatisch verschoben. Drohungen von Konzernen wie der Alusuisse, ihre Standorte zu verlegen, machen dies deutlich. Ganze Branchen, in denen bislang stabile Verhältnisse für die Arbeitenden herrschten, geraten jetzt in den Strudel des Standortwettbewerbs. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass immer mehr Arbeitgeber diese neuen Machtverhältnisse schamlos ausnützen. Die Umverteilung vom Faktor Arbeit zum Faktor Kapital wird aktiv betrieben. Dass Arbeitsverträge oft nur noch kurzfristig abgeschlossen werden – Stichwort Flexibilisierung –, ist ebenfalls Ausdruck dieser Verschiebung. Die Firmen haben es nicht mehr nötig, sich auf die Wünsche der Arbeitssuchenden nach einem stabilen Arbeitsverhältnis einzulassen.

Wie können die Arbeitgeber dies vor sich selbst rechtfertigen?

Man muss sehen, dass diese marktradikale Ideologie von der Auffassung gestützt wird, ein Markt, auf dem jeder etwas anbieten kann – ob Kapital oder Arbeit –, biete auch eine Chance für jeden. Der Verdacht liegt dann natürlich nahe, dass jeder, der aus diesem Markt herausfalle, selbst Schuld sei.

Bilder: Fritz Imhof



Der St. Galler Wirtschaftsethiker Professor Peter Ulrich setzt sich unermüdlich für eine gerechte Wirtschaftsordnung ein – gegen alle landläufigen Trends.

1997 überstiegen die Buchgewinne an den Schweizer Börsen mit 820 Mia. Franken erstmals die Summe aller Arbeitseinkommen der Bevölkerung. Ihr Urteil dazu?

Dazu sind zwei Dinge zu sagen: Im Blick auf die Schweiz stellen wir fest, dass wir traditionell einen starken Wettbewerbsvorteil hatten, indem wir auf ein einmaliges Arbeitsethos hinweisen konnten. Wenn die Leute aber einmal merken, dass man es nicht mehr mit ehrlicher und harter Arbeit weit bringt, sondern mit Kapital weit höhere Einkommen erzielt – ohne Arbeit und erst noch weitgehend steuerfrei – verschwindet dieses Arbeitsethos.

Ich beobachte hier an der Universität St.Gallen, wie immer mehr Studierende Banking oder Finance studieren – nicht Staatswirtschaft. Die Studienrichtung Ökologie und Wirtschaft wurde jetzt gerade erst geschlossen, die Studienrichtung Personalmanagement hat Mühe, sich zu behaupten.

Die Schliessung der Adtranz Werke in Pratteln und Oerlikon und die Drohung mit der Schliessung des Alusuisse Werkes im Wallis führen uns diese Entwicklungen vor Augen. Was geht hier vor?

Wir beginnen allmählich zu realisieren, was Globalisierung konkret für die

Menschen bedeutet. Es wird rationalisiert, fusioniert, dereguliert und liberalisiert, alles zur Steigerung der Effizienz der Wirtschaft, was angeblich allen zugute kommen soll. Die Schliessung der Werke mit Massenentlassungen zur Steigerung des Shareholder Values machen aber deutlich, dass es eben Gewinner (Kapitaleigner) und Verlierer (Arbeitende) gibt. Uns wird heute bewusst, wie sich die Entwicklung auch regional auswirkt. Die Konzernspitzen schliessen ganze Betriebe, sie denken in globalen Zusammenhängen, sie „fokussieren“ und erhalten die Betriebsstätten dort aufrecht, wo die grössten Absatzmärkte sind – im Fall von Adranz zum Beispiel in Deutschland. Auf die Bedürfnisse der Menschen in den Regionen, zum Beispiel in der Schweiz, wird dabei nicht Rücksicht genommen. Fazit: Der Primat

der Politik vor der Wirtschaft ist verloren gegangen. Heute gehen sogar die Regierenden zusammen mit den Gewerkschaften auf die Strasse und demonstrieren damit ihre Ohnmacht.

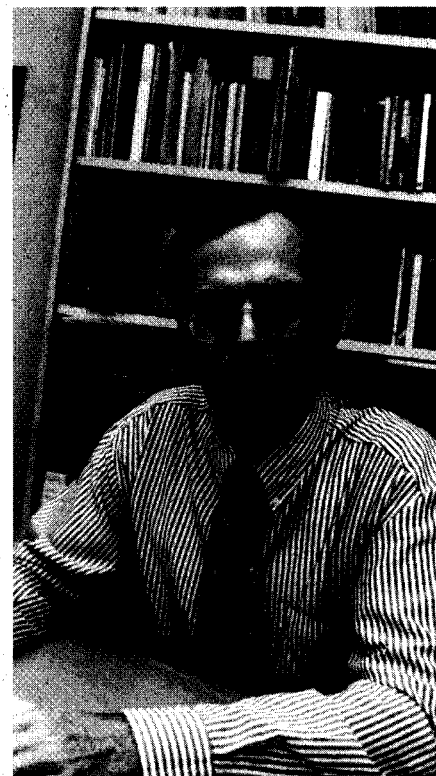
Ist das alles ein Vorbote für weitere ähnliche Ereignisse?

Davon bin ich überzeugt. Wir dachten zuerst, dass der neue konjunkturelle Aufschwung das Problem der Arbeitslosigkeit beseitige. Zwar haben wir im Moment einen kurzfristigen „Beschäftigungsbuckel“ – als Korrektur von übersteigerten Schlankheitskuren. Die massive Rationalisierung unter dem Druck des Kapital- und Finanzmarktes sowie der Strukturwandel werden aber fortschreiten. Dies bedeutet, dass weitere Branchen aus der Schweiz verschwinden werden, weil andere Produktionsstandorte für sie kostengünstiger sind.

Können Sie Beispiele nennen?

Produkte, die nicht zur High Tech gehören oder besonderes Fachwissen voraussetzen, werden immer stärker in Schwellenländer verlagert, wo Vorteile hinsichtlich Lohnkosten winken und die staatlichen Auflagen bezüglich Ökologie und soziale Sicherheit tiefer sind. Sogar qualifizierte Dienstleistungen wie etwa Programmierarbeiten wandern heute aus. Bei unseren Rahmenbedingungen werden uns die Finanzdienstleistungen bleiben sowie gewisse Bereiche in Forschung und Entwicklung – wobei die Produktion weitgehend verlagert werden dürfte. Bleiben wird auch eine mittelständische Zulieferindustrie mit qualifizierten Berufsleuten. Weiter werden wir einige Global Players behalten, die weiterhin zum schweizerischen Wohlstand beitragen, sich jedoch immer weniger mit den Bedürfnissen und Interessen der schweizerischen Öffentlichkeit identifizieren werden. Auch sie werden die Wettbewerbsvorteile an unterschiedlichen Standorten voll nutzen – und vielleicht mit dem Wegzug drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Dem Markt wird immer wieder eine Gott ähnliche Rolle zugeschoben. Es gelte, sich den Marktgesetzen zu fügen. Teilen Sie diese Meinung?



„Wir beginnen allmählich zu realisieren, was Globalisierung konkret für die Menschen bedeutet.“

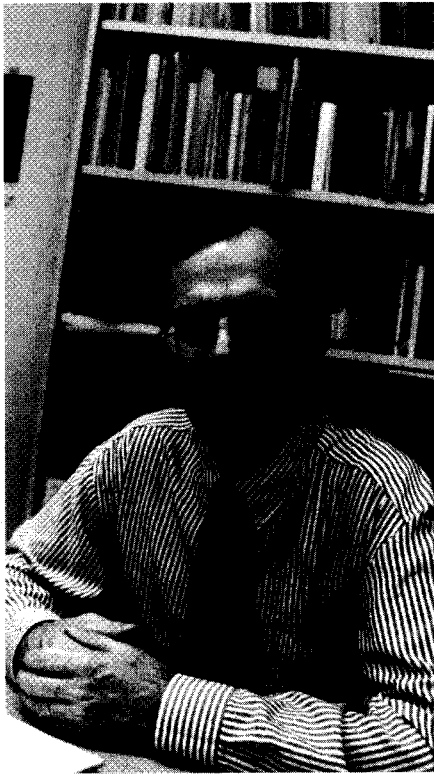
Wir müssen der heute selbstverständlichen Feststellung „Die Globalisierung ist eine Tatsache“ widersprechen. Globalisierung, die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, ist Ausdruck des wirtschaftspolitischen Handelns. Die Frage der Zukunft wird sein, ob wir bereit sind, die Werte- und Interessenkonflikte um die schweizerische Wirtschaftspolitik einzugestehen und wie wir damit umgehen. Es gibt zum Beispiel einen ganz klaren Konflikt zwischen den Interessen der Global Players und denen der kleineren und mittleren Betriebe (KMU). Die internationalen Konzerne machen ihre Umsätze – bei Nestlé zu 98 Prozent – im Ausland. Ihre Verwaltung sitzt aber in der Schweiz. Den Schweizer Standort nehmen sie nur

P E R S O N

Pionier der Wirtschaftsethik

(Film) Prof. Dr. rer. pol. Peter Ulrich (51) ist ordentlicher Professor für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen (HSG) und Gründungsdirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der HSG. Ulrich studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Fribourg, promovierte 1976 am betriebswirtschaftlichen Institut der Universität Basel und sammelte anschliessend praktische Erfahrungen als Unternehmensberater. 1984 wurde er Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Wuppertal und habilitierte sich 1986 für „Wirtschaftswissenschaften und ihre philosophischen Grundlagen“ an der Universität Witten/Herdecke (Deutschland). Seit 1997 ist er Mitglied im Vorstand des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik. Vor kurzem begründete er zusammen mit weiteren Professoren, Politikern und Unternehmern den Verein „Netzwerk für sozial verantwortliche Wirtschaft“ (NSW).

Die Grundlagen seiner Wirtschaftsethik hat Peter Ulrich in folgendem Werk dargelegt: „Integrative Wirtschaftsethik – Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie“. Bern: Verlag Haupt, 1998, 2. Auflage.



„Die Frage der Zukunft wird sein, ob wir bereit sind, die Werte- und Interessenkonflikte um die schweizerische Wirtschaftspolitik einzugestehen.“

noch unter dem finanziellen Gesichtspunkt wahr. Sie sprechen euphemistisch von „guten Rahmenbedingungen“, und das heisst für sie tiefe Löhne, niedrige Steuern und trotzdem eine perfekte Infrastruktur. Die KMU leben jedoch von der Binnennachfrage, die davon abhängt, dass die Menschen stabile Arbeitsplätze und gute Einkommen haben.

Der andere Interessenkonflikt liegt zwischen Shareholdern und Jobholdern. Erstere setzen auf die Rentabilitätssteigerung der Firmen und behaupten, dies diene allen. Tatsache ist aber, dass 85 – 90 % der Schweizer Bevölkerung ausschliesslich vom Lohneinkommen lebt.



„Vom christlich denkenden Bürger kann man verlangen, dass er ganz einfach menschlich handelt und sich nicht dem materiellen ökonomischen Denken als oberster Maxime hingibt.“

Die Schere zwischen Einkommen aus Arbeit und aus Kapital hat sich in den letzten Jahren dramatisch geöffnet.

Es waren die Politiker, die der gegenwärtigen Entwicklung Tür und Tor geöffnet haben. Wessen Willen erfüllen sie damit? Wer zieht die Fäden?

Die Intensivierung des Wettbewerbs und die Verbreiterung der Märkte wurde in den letzten 200 Jahren immer von interessierten Kreisen gegen massiven Widerstand durchgesetzt. Seit 10 bis 15 Jahren befinden wir uns unter dem Stichwort „Globalisierung“ in einer Beschleunigungsphase.

Wer sind darin die treibenden Kräfte? Am Anfang der Kette standen die „Finanz-Intermediäre“, das heisst Anlagengelds, Pensionskassen und Beteiligungsgesellschaften. Sie kauften zunehmend Aktien auf und begannen – im Interesse höherer Erträge –, Druck auf die Konzernmanagements zu machen. In der Schweiz kennen wir das vor allem am Beispiel des Druckes, den Martin Ebner auf die UBS ausgeübt hat. Am Anfang standen aber die Finanz-Intermediäre in den USA. Ihr Druck konzentrierte sich gleichzeitig auf Konzernleitungen und Regierungen in den Standortländern. Die Konzerne leiteten den Druck wiederum an die Regierungen weiter, so dass ein Sandwich-Effekt entstand. Auffällig ist, dass die Regierungen unabhängig von Parteifarben auf diesen Druck gleich reagierten. Sie gaben den Forderungen nach Liberalisierung und Deregulierung der Märkte nach. Das Ergebnis gleicht dem Zauberspruch von Goethe: Die Geister, die ich rief, werd ich jetzt nicht los.

Die Veränderungen waren rasch eingeleitet. Die Politik hat dabei jedoch ihre Gestaltungsmacht verloren, und es wird eine epochale Arbeit sein, sie wieder zurück zu gewinnen.

Ist die Arbeit auf Abruf „moderne Sklaverei“, wie die Gewerkschafterin Anne Walder Pfyffer meint?

Der Begriff ist aus geschichtlicher Perspektive wenig hilfreich. Wir kennen seit der Abschaffung der Sklaverei in allen Staaten die Unterscheidung zwischen Menschenrecht und Sachenrecht. Ich spreche dagegen von einem gewissen „Neo-Feudalismus“. Wir sind davon ausgegangen, dass in der modernen Gesellschaft jeder Bürger gleichermaßen frei sei. Ein Beschäftigungsverhältnis resultiert daher nur aus einem freien Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Die Veränderung der Machtverhältnisse macht jedoch diese Freiheit ein Stück weit zur Farce. Im Feudalzeitalter bestimmte bekanntlich nicht Leistung, sondern Herkunft über die Lebenschancen eines Menschen. Diese Tendenz ist heute wieder stark. Wer eine grosse Erbschaft gemacht hat oder die Chance zu einer guten Ausbildung hatte und damit

Kapital oder Know-how anzubieten hat, gehört zu den Gewinnern, die andern zu den Verlierern. Wenn wir beobachten, wie ganze Firmen gekauft und verkauft werden, und wie ganze Firmen allein deswegen verkauft werden, weil sie weniger rentabel als ein anderer Betrieb sind, erfasst einem das Gefühl, dass – ähnlich wie im Feudalzeitalter – die Menschen nicht zählen. Sie werden gewissermassen auch mitverkauft.

Wie können die Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen an den Kapitalgewinnen teilhaben?

Wenn man behauptet, dass die gegenwärtige Situation allen dient, so müsste man konsequenterweise die Verbreiterung der Kapitalbeteiligung unter den Arbeitenden massiv vorantreiben. Dies müsste das Anliegen von aufgeklärten bürgerlichen Politikern werden, die eine Gesellschaft von freien und gleichberechtigten Bürgern anstreben. Wer eine solche Gesellschaft will, müsste anerkennen, dass die Legitimität der heutigen Gewinnorientierung mit der Beteiligung der breiten Bevölkerung am Ergebnis steht und fällt. Ich sehe solche Bemühungen von Seiten der Anhänger des Shareholder Value aber bislang nicht. Die Einkommens- und Vermögensschere hat sich in den letzten 10 Jahren dramatisch geöffnet, und sie ist in der Schweiz mittlerweile so weit offen wie in Drittwelt-Ländern, wenn auch auf höherem Niveau. Wenn die Arbeitenden schon die Kehrseite der Entwicklung – zum Beispiel höheren Leistungsdruck – ertragen müssen, sollten sie wenigstens auch vom Nutzen profitieren: von Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Solche Beteiligungsmodelle müssten jetzt diskutiert werden. Wenn schon Kapitalismus, dann wenigstens „Volkskapitalismus“. Es geht nicht an, dass für den Normalbürger nur noch die Brosamen abfallen.

Was können Christen tun? Sich als Propheten versuchen oder kleine Gegenmodelle schaffen? Wo liegt überhaupt eine Chance?

Es gibt immer mehrere Wege nach Rom. Zynisch wäre jedenfalls, die Entwicklung einfach weiter laufen zu lassen.

M O D E L L

Wirtschaft in Gemeinschaft (WiG)

(Fim) Ein interessantes Alternativmodell wirtschaftlichen Handelns hat die Fokolar-Bewegung aufgebaut. Die 1943 in Norditalien entstandene Bewegung, die auf der Überzeugung „Gott ist Liebe“ gründet, ist heute in 180 Ländern tätig und baut nicht nur Frauen- und Männergemeinschaften auf, sondern auch Modellsiedlungen. Sie hat ein Konzept für Wirtschaftsbetriebe, insbesondere im KMU-Bereich, entwickelt. Zu den Leitlinien gehören:

Eine neue Gewinnverteilung. Der Gewinn wird als Faustregel zu einem Drittel für Reinvestitionen verwendet, zu zwei Dritteln für die Unterstützung Bedürftiger, die Verkündigung und die Schulung.

Der Mensch im Mittelpunkt. Die internen Beziehungen, ein gerechter Lohn, Ehrlichkeit und Fairness auch gegen aussen sind Eckpfeiler. Man pflegt eine Kultur des Gebens anstatt einer Kultur des Habens.

Rechnen mit der Vorsehung Gottes. Das Handeln Gottes wird in die Planung einbezogen bzw. bei Schwierigkeiten im Glauben angenommen.

Freiwilligkeit und Autonomie. Die Betriebe bleiben betriebswirtschaftlich autonom. Die einzelnen Unternehmer entscheiden frei, wieviel ihres Gewinns sie abgeben können.

Strikte Legalität. Auch in Ländern, in denen Korruption an der Tagesordnung ist, verzichten die Gemeinschaftsbetriebe auf Manipulationen im Grenzbereich.

Grundsätzlich erteilt das Fokolar-Modell der „Homo oeconomicus“-Theorie eine Absage. Es setzt auf Beziehungen statt Individualität und das gegenseitige Vertrauen auch beim wirtschaftlichen Handeln.

Das WiG-Modell wurde im Rahmen des Berner Agglo-Treffs am 11. November vom Staatswissenschaftler Daniel Höchli, Adjunkt im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, vorgestellt.

Es geht nicht an, auf beides zu verzichten: einerseits auf eine Politik, die auf Arbeitsplätze für alle und auf die Erhaltung der Kaufkraft zielt, andererseits auf eine Politik, welche eine gerechtere Kapital- und Gewinnbeteiligung anstrebt. Wer dies tut, fördert eindeutig die „steilere“ Einkommens- und Vermögensverteilung in diesem Land. Sie ist aber schon sehr steil, in Europa meines Wissens die zweitsteilste hinter England.

Was ist dem entgegenzusetzen?

Zuerst einmal Aufklärung in Bezug auf das Wirtschaftsdenken. Die Wirtschafts- und Unternehmenspolitik von öffentlich relevanten Firmen müssen wir als Bürger eines freiheitlichen und demokratischen Landes stärker unter Legitimationsdruck setzen, indem wir die Macht des besseren Arguments einsetzen. Wenn Regierungen eine Politik einseitig zugunsten von Partikulärinteressen betreiben, geraten die Entscheidungsträger in Argumentationsnot-

stand. Die öffentliche Meinung kann dann Korrekturen bewirken.

Vom christlich denkenden Bürger kann man verlangen, dass er ganz einfach menschlich handelt und sich nicht dem materiellen ökonomischen Denken als oberster Maxime hingibt, sondern das wirtschaftliche Handeln als Mittel zum Zweck sieht und es an ethischen Kriterien misst. Je mehr Menschen dazu bereit sind, desto stärker wirkt sich das auf die Kultur eines Landes aus.

Wir stellen diesbezüglich aber eine grosse Trägheit fest.

Der Mensch hat seit 200 Jahren ein Spielzeug – eine unglaublich produktive Industrie. Er geht aber immer noch pubertär mit diesem Spielzeug um. Er will grenzenlos mehr an Konsum und Geld, ist aber noch nicht fähig, vernünftig mit den ökonomischen Mitteln und der grossen Produktivität umzugehen, indem er sie für die Lebensqualität dienlich macht. Wir haben heute eine Öko-

nomie der Güterfülle, nicht aber eine Ökonomie der Lebensfülle, die alle Dimensionen eines guten Lebens und eines gerechten Zusammenlebens der Menschen berücksichtigen würde. Der Einzelne zahlt einen zu hohen Preis für die aktuelle Entwicklung: Er hat sich an den technologischen Fortschritt anzupassen und den Forderungen nach Flexibilität und Mobilität nachzukommen.

Unterliegt der Mensch nicht einfach einem Hang zum ökonomischen Materialismus?

Ich teile diese pessimistische Kultursicht nicht. Uns wird allerdings auch von der Wirtschaft eingeredet, der Mensch sei vor allem homo oeconomicus und strebe die Maximierung seines persönlichen Nutzens an. Ich glaube das nicht. Es sind die dominierenden Kreise, welche realpolitisch das Sagen haben, die ihre eigenen Interessen verfolgen und es ideologisch mit dem Mäntelchen des Gemeinwohls umgeben – wie eine Heilslehre mit krypto-religiösem Hintergrund. Der Mensch ist aber als Gottes Geschöpf mit einer vielseitigen Vernunft begabt. Er soll sie im Sinne eines Auftrages

„Wir haben heute eine Ökonomie der Güterfülle, nicht aber eine Ökonomie der Lebensfülle, die alle Dimensionen eines guten Lebens und eines gerechten Zusammenlebens der Menschen berücksichtigen würde.“

nutzen und die Mittel, die ihm gegeben sind, vernünftig einsetzen. Dies tut er im Wirtschaftsbereich offenkundig zu wenig.

Was kann die Kirche in diesem Prozess tun?

Kirchliche Instanzen sollten sich mit ihrer moralischen Autorität nicht zu schnell

S T E L L U N G N A H M E

Stellungnahme zur Ökumenischen Konsultation

(HPS/Fim) Die Mitarbeitenden der VBG haben zur „Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz“ Stellung genommen und dazu folgendes festgehalten:

Grundsätzlich bringt der Text der Konsultation viele aktuelle Fragen in didaktisch ausgezeichnete Weise auf den Punkt. Er ist eine hilfreiche Arbeitsgrundlage. Insbesondere wird die Tendenz, dass wirtschaftliche Fragen alle übrigen Gesichtspunkte verdrängen, gut herausgearbeitet.

Kritische Anmerkungen. Der Schlüsselbegriff „Gesellschaftsvertrag“ bedarf einer näheren Erläuterung und der konkreten Ausgestaltung, damit er mehr ist als ein Schlagwort. Der Zusammenhang zwischen persönlicher und struktureller Sünde ist zu wenig herausgearbeitet. Eine geistliche Analyse der Gesellschaft und der Zusammenhang zu den angeschnittenen Fragen fehlt (dieser Aspekt wäre von einem kirchlichen Papier zu erwarten). Die Reich-Gottes-Verträglichkeit ist als Ansatz hervorragend, allerdings wird auch hier der Begriff zu wenig geklärt. Die VBG verweisen in diesem Zusammenhang auf ihre Veröffentlichung „Wohin steuert die Wirtschaft“*, in der sie ihre Sicht der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in einer globalisierten Welt einbringt.

*Div. Autoren. „Wohin steuert die Wirtschaft?“ Bern: VBG Verlag, „Bausteine“-Dossier 1/99. 39 Seiten, Fr. 7.50 (erhältlich mit dem Antworttalon in diesen BST).

und direkt in die Tagespolitik einmischen. Die Gefahr von Fehlurteilen ist gross. Die Kirchen sollten eher grundsätzlich Stellung nehmen. Sie können zur öffentlichen Besinnung beitragen und den öffentlichen Legitimitätsdruck verstärken. Die Kirchen sind bald die letzten Institutionen, die nicht im vornherein partikuläre Interessen verfolgen. Sie könnten glaubwürdig am Gemeinwohl Anteil nehmen und eine Plattform für einen Dialog der Bürger schaffen, wo das Gespräch über die ethischen Fragen der Gesellschaft vorbehaltlos unterstützt wird.

Was müssen die am Gemeinwohl Interessierten längerfristig tun, um die Trends umzukehren?

Letztlich läuft alles auf die Frage hinaus, welche Seite im Kräfteverhältnis sich längerfristig durchsetzt: eine demokratische Politik, die grundsätzlich am Gemeinwohl orientiert ist, oder der „freie Markt“, der nur die Freiheit zur privaten Kapitalverwertung meint.

Aus wirtschaftsethischer und politisch-ethischer Sicht muss der Pri-

mat der Politik vor der Wirtschaft hervorgehoben werden als Voraussetzung für die Gestaltbarkeit einer Wirtschaft, die dem guten und gerechten Zusammenleben der Bürger dient. Der Haupteinwand dagegen lautet, dass die Globalisierung genau dies verhindere. Darauf muss die Antwort sein, dass wir die Kräfte der grenzenlosen Marktwirtschaft auf supranationaler Ebene wieder einzuholen versuchen. Es könnte die gewaltige politische Herausforderung für 30 – 50 Jahre sein, neue Strukturen für die Wirtschaft auf dieser Ebene zu schaffen, welche die Wirtschaft für lebensdienliche Zwecke dienlich macht und faire Wettbewerbs-Bedingungen zwischen den verschiedenen Standorten schafft. Die Bürger der verschiedenen Länder müssen aber den Primat der Politik vor der Wirtschaft wollen und auch die richtigen politischen Kräfte unterstützen! ■